

Gemeinsam gegen Gewalt, Intoleranz und Rassismus

Rechtsextremismus bekämpfen, für unsere Demokratie eintreten

Obgleich gefährlich erstarkt, wird der Rechtsextremismus in Deutschland vielfach unterschätzt und bleibt allzu oft unbeachtet. Doch rechtsextreme Tendenzen lösen sich nicht von selbst auf und rechtsextreme Parteien geben ihre menschen- und verfassungsfeindlichen Ziele nicht von alleine auf. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die demokratischen Kräfte unseres Landes sich der Herausforderung stellen, um den Rechtsextremismus entschlossen zu bekämpfen. Wir brauchen einen Demokratiepakt gegen Rechts – in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kann man nur mit einer umfassenden Handlungsstrategie begegnen. Die IG BCE wird dazu ihren Beitrag leisten und ruft dazu auf, gemeinsam unsere Demokratie zu verteidigen. Wir werden es nicht zulassen, dass in Deutschland ein Klima der Unduldsamkeit entsteht. Wir wollen Respekt und Sicherheit für alle und betrachten es auch als unseren Auftrag, insbesondere die Menschen zu schützen, die zum Ziel rechtsextremer Gewalt werden.

1. Zunehmende rechtsradikale Tendenzen

In deutschen Parlamenten pöbeln wieder Vertreter rechtsextremer Parteien, durch die Straßen ziehen rechtsradikale Schlägertrupps. Menschen, überwiegend Ausländer, werden beschimpft, bedroht, geschlagen und manchmal sogar ermordet: wegen ihrer Hautfarbe, Nationalität, Religion oder politischer Überzeugung. Es ist wahr: Rechtsextreme Gewalt, Rassismus und Antisemitismus werden in unserem Land immer alltäglicher. In einem schleichenden Prozess der Gewöhnung werden Bilder von den Aufmärschen gewaltbereiter und gewalttätiger Nazis oder Berichte von Bluttaten an Mitbürgern zur Kenntnis genommen. Allzu häufig ist hilfloses Achselzucken die Reaktion, wo dem Aufschrei der Empörung Gegenwehr folgen müsste.

2. Ursachen von Rechtsextremismus

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt, rechtsextreme Orientierung und Einstellung sind Ausdruck tiefgreifender wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Probleme und Konflikte. Es handelt sich nicht um Phänomene, die ausschließlich am Rand der Gesellschaft aufscheinen, sondern quer durch alle gesellschaftlichen Schichten sind Menschen dafür anfällig.

Wachsende Teile der Bevölkerung sind verunsichert. Technologische Modernisierung, Umstrukturierung und Konjunkturschwankungen lassen die Zukunft von Branchen und Regionen und damit die soziale Existenz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ungewiss erscheinen. Ein großer Teil der Menschen fürchtet sich vor sozialem Abstieg. Hohe Arbeitslosigkeit und die Diskussion um die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Systeme sozialer Sicherung verstärken diese Sorge. Der Abbau von Sozialleistungen führt nicht nur zu einer Vergrößerung des Wohlstandsgefälles, sondern auch zu Ängsten vor sozialer Deklassierung und zur Konkurrenz von Gruppen, die auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind.

In einer komplizierten Welt, deren Mechanismen und Zwänge immer schwieriger zu erklären sind, wächst zudem die Neigung, den vermeintlich einfachen Botschaften

verantwortungsloser Populisten zu folgen. Fremdenfeindlichkeit gehört zum Repertoire einer Stimmungsmache, die auf latenten Vorurteilen beruht.

3. Den Menschen Perspektiven eröffnen

Eine effektive Politik gegen Rechtsradikalismus muss an den Ursachen ansetzen. Das bedeutet, allen Menschen, besonders Kindern und Jugendlichen, eine lebenswerte Zukunftsperspektive zu eröffnen. Das gelingt mit:

- einer Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft;
- einer aktiven Beschäftigungspolitik, die vor allem Langzeitarbeitslosen und gering qualifizierten Menschen Beschäftigung ermöglicht;
- einer Kinder- und Jugendpolitik, die den Anspruch auf Kindergartenplätze realisiert und Jugendlichen sowohl Freiräume als auch Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft schafft;
- einer Bildungspolitik, die Chancengleichheit verwirklicht, gleichberechtigten Zugang zu Bildungszweigen garantiert und insbesondere ausländische Jugendliche auch durch Angebote muttersprachlichen Unterrichts fördert;
- einer Wohnungsbaupolitik, die bezahlbaren Wohnraum für Menschen aller sozialen Schichten bereitstellt;
- einer Kultur- und Medienpolitik, die Minderheiten als festen Bestandteil der Gesellschaft darstellt und dazu beiträgt, Gewaltbereitschaft abzubauen.

4. Auf Zivilcourage und Rechtsstaat vertrauen

Es ist ermutigend, dass rechtsextreme Erscheinungen in unserem Land auf deutliche Gegenwehr stoßen. Gegen zunehmende Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus haben sich Menschen auf zahlreichen Kundgebungen gewandt, es gibt viele Beispiele für Zivilcourage und spontanes Engagement.

Sich schützend vor Minderheiten zu stellen und durch breite Informationen zur Überwindung von Ängsten und Vorurteilen beizutragen, ist aber nicht zuletzt Aufgabe der Parteien und aller gesellschaftlichen Organisationen. Eine besondere Verantwortung kommt dabei auch den Medien zu.

Gewalttätige Ausschreitungen und Übergriffe gegen Minderheiten sind kriminell und durch nichts zu rechtfertigen. Polizei und Justiz sind aufgefordert, alle bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und entschieden anzuwenden.

5. Integration fördern

Gleichberechtigung und Mitverantwortung in Arbeitswelt und Gewerkschaften sind wichtige Grundlagen für das gemeinsame solidarische Handeln von Deutschen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund. Es ist Aufgabe der Politik, auch in der Gesellschaft die Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft, Kultur oder Religion zu überwinden.

Kommunales Wahlrecht für alle die, die sich rechtmäßig seit mehr als fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, erleichterte Einbürgerung unter anderem durch Hinnahme von Mehrstaatlichkeit sind wichtige Maßnahmen auf dem Weg zum gleichberechtigten friedlichen Zusammenleben in unserem Land.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Über Zuwanderung muss offen diskutiert werden, ohne dass bereits zugewanderte Menschen sich bedroht, ausgegrenzt oder unerwünscht fühlen. Das Grundgesetz setzt den Rahmen, innerhalb dessen unterschiedliche Kulturen friedlich miteinander leben.

6. Kein Platz für Rechtsradikale in der Arbeitswelt

Bislang ist es gelungen, rechtsradikale Gruppierungen weitgehend aus den Betrieben herauszuhalten. Doch in jüngster Zeit erleben wir, dass sich die rechtsextremen Kräfte systematisch und gezielt darum bemühen, in den Betrieben an Einfluss zuzulegen. Die IG BCE wird daher ihr Engagement zur Integration von Zuwanderern und ihren Familien, zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, zum Schutz ethnischer Minderheiten und zur Gestaltung von Migration nochmals intensivieren. Sie wird verstärkt die Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden aus ihrem Organisationsbereich suchen, um gemeinsame Aktionen in den Betrieben durchzuführen. Außerdem wird die IG BCE auf der

Grundlage der von den europäischen Sozialpartnern (EGB und CEEP/UNICE) unterschriebenen „gemeinsamen Erklärung zur Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“ mit den deutschen Arbeitgeberverbänden Vereinbarungen treffen, um den Inhalt dieser Erklärung umzusetzen.

7. Demokratiepakt gegen Rechts

Um der rassistischen Gewalt Einhalt zu gebieten und um den Organisationsprozess neonazistischer, rechtsradikaler Gruppierungen und Cliques zu unterbinden, sind auch Verbote von Organisationen in Betracht zu ziehen. Denn die Artikel 1 und 3 des Grundgesetzes gelten als selbstverständliche Verhaltensregeln für alle Mitglieder unserer Gesellschaft:

- „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“
- „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fällt den Parteien eine besondere Aufgabe zu. Einigkeit muss in diesem Fall grundsätzlich Vorrang haben vor dem Trennenden in anderen politischen Fragen. Der gemeinsame Grundkonsens aller demokratischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien erfordert eine Zusammenarbeit zum Schutz von Minderheiten über alle bestehenden Unterschiede hinweg. Jeder Form der Kooperation mit nationalistischen, fremdenfeindlichen und rechtsextremen Gruppierungen ist eine Absage zu erteilen.

Notwendig ist, sich mit den Menschen auseinanderzusetzen, die mit der Wahl rechtsradikaler Parteien Unzufriedenheit ausdrücken wollen. Verbote solcher Parteien können zwar sinnvoll und angebracht sein, sie nehmen aber den Menschen weder Ängste noch ersetzen sie Lösungsangebote für soziale Probleme.

8. Demokratie braucht alle

In der Demokratie sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, Verantwortung für das Gemeinwesen wahrzunehmen und für soziale Gerechtigkeit, das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen und eine friedliche Konfliktbewältigung einzutreten.

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich persönlich gegen jede Form der Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund einzusetzen, am Arbeitsplatz, im Wohngebiet, in der Öffentlichkeit.

Gewalt gegen Ausländer wächst auf dem Boden der alltäglichen Diskriminierung von Ausländern. Vorurteile, Missachtung und Benachteiligung sind der Anfang einer Spirale der Intoleranz, die in Gewalt und Mord ihr grausames Ende findet.

Wer diese Spirale durchbrechen will, muss den Anfängen wehren.

Wir brauchen einen Demokratiepakt aller Menschen und gesellschaftlichen Gruppen.

Die IG BCE wird sich auch weiterhin gemeinsam mit den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften dafür einsetzen, die soziale Demokratie zu stärken, um ausländerfeindlichen, antisemitischen und nationalistischen Strömungen den Boden zu entziehen.